



**Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Nachbarinnen und Nachbarn,**

ich freue mich, nach der kurzen parlamentarischen Sommerpause Ihnen wieder die Kiez-Ausgabe unserer Fraktionszeitung präsentieren zu dürfen.

In dieser Kiez-Ausgabe beschäftige ich mich mit folgenden aktuellen Themen: Neuigkeiten in Bezug auf die leerstehenden „Russenhäuser“ in Karlshorst, Zukunft der Garagen in der Zwieseler und der Kötzinger Straße, neue Schule am Blockdammweg, Umsetzung der Verordnung auf dem Rummelsburger See, Bauarbeiten auf der Treskowallee und Konzept zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts im südlichen Friedrichsfelde.

Sollten Sie Themen oder Anliegen haben, bei denen ich Sie unterstützen könnte, geben Sie mir bitte Bescheid. Sie können mir gerne schreiben an kontakt@lilia-usik.de oder Sie erreichen mich telefonisch unter der Nummer +49 (30) 75 43 74 60. Ich möchte mich gerne um diese kümmern. Gemeinsam arbeiten wir daran, unsere Nachbarschaft noch attraktiver und lebenswerter zu machen. Dafür gilt Ihnen mein Dank und meine Anerkennung.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre

Lilia Usik, MdA
Ihre direkt gewählte Abgeordnete
für Karlshorst, Friedrichsfelde Süd
und die Rummelsburger Bucht

klartext

NEU
Kiez-Ausgabe
Karlshorst, Friedrichsfelde Süd und Rummelsburger Bucht im Innenteil

zur Stadt, Ihrem Kiez & dem Berliner Parlament

Zeitung der CDU-Fraktion Berlin | Oktober 2024



Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener

Neues Bürgeramt

Es geht voran beim Abbau des Terminstaus: Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner und CDU-Fraktionschef Dirk Stettner (v.l.) eröffneten in Berlin Staaken ein neues Bürgeramt. Ein weiteres soll bis Ende dieses Jahres in Marzahn folgen. Mehr Ämter, mehr Digitalisierung gleich besserer und schnellerer Service für Berliner.

Strategiewechsel in der Asylpolitik

CDU-Fraktion Berlin beschließt auf Klausur ein großes Maßnahmenpaket

Die CDU-Fraktion Berlin hat ihre Position bei Migration, Flucht und Asyl bestimmt und fordert einen echten Strategiewechsel in der Asyl- und Migrationspolitik.

Ende des individuellen Asylrechts

Beschlossen wurde der Strategiewechsel nach Beratungen mit Experten wie der Ethnologin Susanne Schröter und Nahost-Experte Ahmad Mansour. In dem Papier heißt es: „Aktuell hilft unser Asylsystem nicht denen, die wirklich auf Hilfe und Schutz angewiesen sind, sondern belohnt diejenigen, die es irgendwie schaffen, die deutsche Grenze zu erreichen.“ Daraus resultiere eine Überforderung bei Schul- oder Kitaplätzen, Sprachkursangeboten oder der Bettenzahl in den Unterkünften. Stattdessen wird eine vorausschauende, proaktive und planmäßige Flüchtlingspolitik gefordert.

II

Statt eines individuellen Asylrechts braucht es jährliche Maximalkontingente.

Positionspapier der CDU-Fraktion Berlin

Im Text machen die Abgeordneten klar, welche Lösung sie für geeignet halten: „Statt eines individuellen Asylrechts braucht es jährliche Maximalkontingente. So ist es möglich eine planbare und nachhaltige Aufnahmefähigkeit zu erbringen und die Bedürfnisse der Schutzsuchenden mit den Kapazitäten unseres Aufnahmee- und Integrationssystems in Einklang zu bringen.“

Neben diesem grundsätzlichen Wechsel hat die Fraktion aber noch zahlreiche weitere Maßnahmen beschlossen. So soll es etwa keinen generellen Winterabschiebestopp in Berlin mehr geben, Sonderaufnahmeprogramme sollen eingestellt und die Verpflichtung zur gemeinnützigen Arbeit eingeführt werden. Gleichzeitig möchte man Migranten mit Bleibeperspektive schneller in Arbeit bringen, damit sie nicht auf Sozialleistungen angewiesen sind. In diesem Zusammenhang wird

das Mentoring-Programm aus Kanada als Positivbeispiel hervorgehoben. Auch gemeinnützige Arbeit wird gefordert. Ergänzend sollen aber auch gezielt klein- und mittelständische Unternehmen bei der Anwerbung und Einstellung unterstützt werden. Schließlich werden Arbeitskräfte in allen Branchen gesucht.

40 Punkte für den Strategiewechsel

Insgesamt 40 Punkte zur Steuerung der Migration, zur besseren Integration, zur Bekämpfung des Antisemitismus und zur Unterstützung der Wirtschaft haben ihren Weg in den Beschluss gefunden. So fordert die CDU-Fraktion Berlin die Einführung einer Bezahlkarte, möchte mehr Asylbewerber ohne Bleibeperspektive abschieben und hat sich bereits seit längerer Zeit für dauerhafte Grenzkontrollen und Zurückweisungen ausgesprochen.

GESUNDHEITS-SCHUTZ

14,6 Jahre

lautet das Einstiegsalter bei Cannabis – bis zu 30.000 Euro Bußgeld gegen gewissenlosen Cannabis-Konsum

Seite 7

Damit Berliner wieder besser vorankommen

Interview mit Berlins neuer Verkehrssenatorin Ute Bonde und dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion Dirk Stettner

Seite 3

Damit der Ruhestand in Berlin noch lebenswerter wird

Mehr Angebote und Ideen für die Generation „Ü 65“

„Altwerden kannste noch in Berlin“. Stimmt: Gut 700.000 Menschen unserer Stadt sind über 65 Jahre alt, ein Fünftel der Bevölkerung. Eine bedeutende Bevölkerungsgruppe, die die CDU-Fraktion in den Blick nimmt. Dabei geht es um neue Angebote, vor allem um ausgezeichnete Pflege und Ideen gegen Einsamkeit und auch Verbesserungen im Einzelhandel.

So sollen in Geschäften u.a. Automat-Türen als Standard den Zugang erleichtern, Stolperfallen bei Aufstellern und abgestellten Paletten und Waren sollen vermieden werden. Preisschilder

sollen in größerer Schrift besser lesbar sein, darüber hinaus soll es Sitzgelegenheiten und Kunden-WCs geben.

Berliner Pflegemedailen

Die schweren Pandemiejahre haben gerade in der Pflegebranche den hohen Handlungsdruck verdeutlicht. Dabei wurde klar, dass sich längst nicht alles mit Geld bezahlen lässt: wie zum Beispiel mehr Wertschätzung für Pfleger und außergewöhnliche Projekte stationärer Pflegeeinrichtungen. Die CDU-Fraktion schlägt daher die Vergabe



Heiterer Plausch bei Sonnenschein Foto: IMAGO/Stefan Trappe

Berliner Pflegemedailen vor. Eine für die oder den besten pflegenden Mitarbeiter, eine weitere für den Träger mit den überzeugendsten Ideen und Engagement.

Die Hinweise sollen von Heimbewohnern, deren Angehörigen und einer Vielzahl weiterer Institutionen wie Seniorenvertretern, Landesbeauftragten und auch aus den Bezirken kommen. Die Vergabe erfolgt auf Vorschlag eines Gremiums dann durch den Senat. So sollen Bestleistungen beurkundet und besser sichtbar und die Motivation aller Beteiligten gestärkt werden.

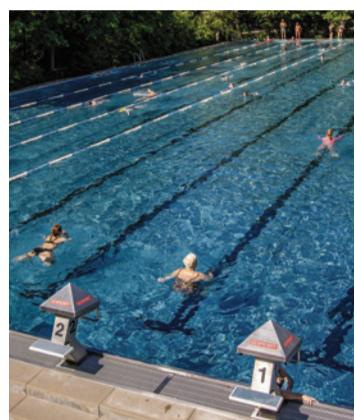
Tag gegen Einsamkeit

Mehr Aufmerksamkeit und Sensibilität will die CDU-Fraktion auch dem Problem des Alleinseins schenken. Jedem zehnten Berliner fehlt es an genügend sozialen Kontakten. Statistisch verschärft sich dieses gesellschaftliche Phänomen, je älter wir werden.

Gerade in der Weihnachtszeit leiden viele Betroffene darunter. Um hierfür das Bewusstsein und den Zusammenhalt zu stärken, soll ein „Tag gegen die Einsamkeit“ am 16. Dezember eingeführt werden.

Friedlicher Badespaß

Berlins Bäderbetriebe sind zufrieden mit der Badesaison 2024. So gab es von Mitte April bis Mitte September rund 1,9 Millionen Besuche – plus 15 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Sicherheitsrelevante Vorgänge seien dagegen zurückgegangen, hieß es. Das Sicherheitskonzept habe sich bewährt.



Friedlicher Badespaß in diesem Sommer

Foto: IMAGO/Emmanuele Contini

Verwaltungsreform unterstützt

Berlins Handwerk, die IHK und Unternehmensverbände unterstützen nachdrücklich die Reformpläne der CDU geführten Koalition für die Berliner Verwaltung. „Mit den jetzt erarbeiteten Eckpunkten liegen Vorschläge auf dem Tisch, die das Potenzial haben, das Dickicht der organisierten Nicht-Zuständigkeit zu lichten“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung.



Klarere Zuständigkeiten:
Bezirk Mitte

Foto: IMAGO/Schöning

Die Altersbeschränkung für Lachgas soll kommen

CDU-Fraktion stärkt Gesundheitsschutz von Kindern und Jugendlichen



Jeder
▼
fünfte
bis
sechste
▲
Jugendliche
zwischen 15
und 18 Jahren
hat bereits
einmal Lachgas
konsumiert.

Kinder und Jugendliche vor Gesundheitsgefährdungen und Missbrauch zu schützen, darum geht es beim Jugendschutz. Damit guter Jugendschutz allerdings funktioniert, muss er sich immer wieder anpassen. Neue Gefahren müssen erkannt und bekämpft werden. Umso erfreulicher ist es, dass mit entsprechender Weitsicht nun die unkontrollierte Abgabe von Lachgas an Kinder und Jugendliche eingedämmt werden soll. Die CDU-Fraktion Berlin hat beschlossen, eine Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen, welche Jugendliche vor den Gefahren von Distickstoffmonoxid, dem sogenannten Lachgas, schützen soll. Als zielführend wird hierfür eine Altersgrenze beim Verkauf angesehen.

Die aktuellen Zahlen und Warnungen von Medizinern bestätigen die Christdemokraten aus dem Berliner Abgeordnetenhaus bei ihrem

Vorgehen, denn zuletzt wurde der schnelle Rausch durch Lachgas bei Jugendlichen immer beliebter. So zeigen beispielsweise Untersuchungen der Goethe Universität in Frankfurt am Main, dass etwa jeder fünfte bis sechste Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren bereits einmal Lachgas konsumiert hat. Bis 2015 waren die Zahlen noch deutlich niedriger und stiegen erst seitdem kontinuierlich an.

Was auf den ersten Blick aber harmlos scheint und klingt, kann bei regelmäßigen Konsum erhebliche negative Auswirkungen haben. Wer regelmäßig Lachgas konsumiert, kann einen Vitamin-B12-Mangel und sogar Nervenschädigungen erleiden. Wird zum Beispiel das Lachgas über einen Ballon konsumiert und dabei nicht genügend Unterbrechungen eingehalten, kann es zu einem Sauerstoffmangel im Gehirn

und in den Organen kommen. Auch ein Stillstand des Kreislaufes ist möglich.

Eine körperliche Abhängigkeit von Lachgas mit Entzugserscheinungen gibt es zwar nicht, allerdings kommt es oft zu einer psychischen Abhängigkeit und dem Bedürfnis die Substanz immer wieder zu inhalieren.

Die Deutsche Gesellschaft für Neurologie (DGN) warnt: „Es gilt als vermeintlich risikoarm, da die Wirkung bereits nach wenigen Minuten nachlässt – doch das ist ein massiver Trugschluss!“ Die DGN betont: „Die wenigsten Menschen wissen, dass sie schwere, möglicherweise auch lebenslange Folgen davontragen können.“

Genau vor diesen Folgen sollen die Kinder und Jugendlichen aus Berlin geschützt werden. Es ist gut, dass die CDU-Fraktion bei diesem Thema voran geht.

Gesundheitsgefährdender Kick: Lachgas inhalieren aus einem Luftballon

Foto: IMAGO/Funke Foto Services

Zu hohe Steuern und Abgaben sollen am BER den Abflug machen

CDU-Strategiepapier: Fliegen soll für alle in der Hauptstadtregion bezahlbar bleiben

Fliegen ist am BER teurer als an vielen anderen internationalen Flughäfen. Deshalb müssen die hohen Gebühren und Abgaben runter, damit sich das Berliner und Brandenburger auch in Zukunft noch leisten können. Den Weg dorthin hat die CDU-Fraktion in ihrem Strategiepapier beschlossen.

Hohe Belastungen für BER-Passagiere

Die hohen Kosten sind hausgemacht: Vom Bund aus wurde die Luftverkehrssteuer seit 2020 um 111 Prozent erhöht. Die Sicherheitsgebühr soll im kommenden Jahr um die Hälfte steigen.



Ein Jet auf dem BER-Rollfeld. Abgaben sollen sinken

Foto: IMAGO/MannGold

Aktuell müssen Passagiere am BER 48 Euro für Sicherheit und Steuern zahlen – doppelt so viel wie Fluggäste etwa in Barcelona und London-Gatwick.

Dabei ist das Reisen mit dem Flugzeug ein wichtiges Standbein im Berlin-Tourismus, für zehntausend Urlauber, ebenso wie für unsere Wirtschaft.

Fliegen soll auch in der Hauptstadt-Region bezahlbar bleiben. Deshalb will sich die CDU-Fraktion auf Bundesebene für eine Senkung der Luftverkehrssteuer stark machen, das Berlin-Marketing stärker auf Flugreisende ausrichten und nach Auslaufen von EU-Beschränkungen finanziell stärken.

Neues und faires Gebührenmodell

Für den BER soll darüber hinaus ein neues, faires und bezahlbares Gebührenmodell ausgearbeitet werden. Es soll sich an den Passagierzahlen und Abgaben vergleichbarer europäischer Airports orientieren.

Je attraktiver das Fliegen, um so zukunftssicherer der BER.



Berlins neue Verkehrssenatorin Ute Bonde im Gespräch mit CDU-Fraktionschef Dirk Stettner

Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener

Damit Berliner wieder besser vorankommen

Ein Gespräch mit Berlins neuer Verkehrssenatorin Ute Bonde und CDU-Fraktionschef Dirk Stettner

klartext: Hallo Frau Bonde. Viele Berliner kennen Sie, allerdings in anderer Funktion. Sie waren Chefin des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg. Kann Berlin jetzt auf mehr Schienennangebote hoffen?

Ute Bonde: „Das auch. Unsere Vorfahren waren so weitsichtig, ein Netz aus U- und S-Bahnen zu bauen, das heute das Rückgrat des ÖPNV ist. Wir pflegen das und bauen es aus. Investitionen in den ÖPNV sind wichtig und weiterhin dringend notwendig. Doch wir haben auch alle anderen Verkehrsteilnehmer im Blick.“

Dirk Stettner: „Die Grünen haben einseitig gegen Autofahrer gekämpft, das machen wir nicht. Für die CDU ist wichtig, dass alle Berliner schnell dahin kommen, wo sie hinwollen – mit dem Verkehrsmittel ihrer Wahl. Wir schreiben das niemandem vor. Und wir benachteiligen auch niemanden. Deswegen bauen wir Straßen sowie den Öffentlichen Personennahverkehr aus. Fahrradwege und Schulwegsicherheit sind uns ebenso wichtig. Eine Riesenaufgabe nach dem Stillstand der letzten Jahre.“

klartext: Und dennoch gibt es Bezirke, die im Kampf gegen Autos weiter die Straßen verpoltern, so dass nicht einmal mehr Rettungskräfte von Polizei und Feuerwehr durchkommen.

Bonde: „Natürlich müssen Rettungskräfte ungehindert an einen potenziellen Einsatzort kommen können. Hier liegt die Verantwortung bei den Bezirken, die selbstverständlich verpflichtet sind, Feuerwehr und Polizei vor der Einrichtung von Durchfahrbeschränkungen zu informieren und auf konkrete Einwände zu reagieren. Ich werde hier eine berlinweit einheitliche Regelung mit den Bezirken vereinbaren.“

Dirk Stettner: „Polter dürfen niemals schnelle Hilfe behindern – darauf müssen alle Bezirke achten. Wir wollen lebenswerte Kieze und leistungs-

fähige Hauptstraßen. Wir dürfen auch nicht für einige wenige ganz viele behindern. Ausgewogenheit beim pragmatischen Erreichen der Ziele – das ist unser Weg.“

klartext: Berlin muss nach rot-grünen Jahren finanziell kräftig auf die Bremse treten. Was könnte das für den Berliner Verkehr bedeuten?

Bonde: „Vieles, was im Verkehrsbereich zu Buche schlägt, gehört zur Daseinsvorsorge. Wir müssen dafür sorgen, dass Schüler in die Schule, Beschäftigte zur Arbeit und Kranke zum Arzt kommen. Wir müssen Straßen reparieren und Gebiete, wo dringend benötigte neue Wohnungen entstehen, verkehrlich erschließen. Und weil wir bis 2045 Berlin klimaneutral machen wollen und müssen, werden auch weitere Lademöglichkeiten für die E-Mobilität in der Stadt benötigt. Wir benötigen kreative Ideen, um die öffentlichen Kassen zu entlasten. Wir sind da dran.“

Stettner: „Die rot-grün-rote Vorgängerregierung hat den Berlinern ein Erbe mit milliardenschwerer Unterdeckung hinterlassen. Das muss die Union jetzt in Ordnung bringen, um die Grundlage für die dringend erforderlichen Investitionen zu schaffen. Wir

müssen und werden in den Öffentlichen Personennahverkehr investieren. Nicht wie die Grünen vorher nur Luftbuchungen vornehmen und dann jammern, wenn die Luft rausgelassen wird.“

klartext: Sie stehen für die Magnetschwebebahn. Ist das nur eine private Träumerei oder ein realistisches Zukunftsprojekt?

Bonde: „Realismus und Visionen müssen einander nicht ausschließen. Was die Innenstadt angeht, stehen wir in Berlin ja wirklich gut da mit unseren Verkehrsangeboten. Anders sieht es häufig in den Randbezirken aus und was die Verbindungen ins Umland betrifft. Zudem ist dort auch genug Platz für neue Trassen. Magnetschwebebahnen könnten also in Zukunft gerade auch für Pendler eine praktische Alternative darstellen. Und, nicht zu vergessen, sie können schnell, umweltfreundlich und leise auch dem Transport von Waren dienen.“

Stettner: „Wir sind technologieoffen. Wenn uns eine Magnetschwebebahn hilft, die Außenbezirke schneller und preisgünstig gut anzubinden – dann machen wir das. Ich verstehe die technik- und innovationsfeindliche Haltung der Grünen hier gar nicht. Wenn es gut für Berlin ist, dann machen wir das.“

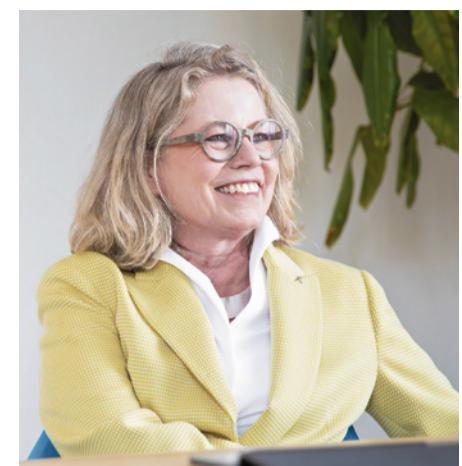
klartext: Bleiben wir beim Blick nach vorn. Wo liegen bei der Mobilität der Zukunft Ihre Prioritäten?

Bonde: „Dazu zählen das Vorantreiben der Pläne für die Tangential-Verbindung-Ost, durch die Anwohnerstraßen endlich entlastet und unsere Technologiestandorte sowie der BER besser angebunden werden und der Ausbau der Infrastruktur für E-Mobilität. Außerdem ein guter Takt bei Bussen und Bahnen und natürlich auch der weitere Ausbau der Tram-, S- und U-Bahnstrecken. Dies werden wir gerade für die Außenbezirke kombinieren mit einem noch auszubauenden Netz an Rufbussen und guten Sharing-Angeboten. Wir dürfen dabei aber auch nicht vergessen, dass Sauberkeit, Sicherheit und auch die Sanierung von Geh- und Radwegen eine wichtige Rolle spielen.“

klartext: Was wünschen Sie sich im Alltag in Bussen und Bahnen?

Bonde: „Ich wünsche mir manchmal mehr Verständnis für die Fahrerin oder den Fahrer. Die kommen nicht zu spät, weil sie getröstet haben. Und an dem Ausfall der Bahn oder des Busses zuvor tragen sie auch nicht die Schuld.“

Stettner: „Es gibt leider gerade viele Gründe, sich zu ärgern. Leider haben wir ein Trümmerfeld übernommen und müssen das erst wieder aufräumen. Miserable Ausschreibungen, deswegen keine neuen Wagen, zu wenig Busfahrer ... die Liste ließe sich fortsetzen. Wir arbeiten hart daran, das wieder in Ordnung zu bringen. Die Busfahrer und Mitarbeiter der BVG können jedenfalls nichts dafür. Also bitte ich um ein bisschen Gelassenheit trotz des berechtigten Ärgers – es wird sicher besser werden.“



Und jetzt mal ganz persönlich ...

klartext: Womit fahren Sie in Berlin am liebsten?

Bonde: „Da mag ich mich gar nicht festlegen, weil es für mich tatsächlich der abwechslungsreiche Mix an Verkehrsmitteln ist, mit dem man durch Berlin kommt.“

klartext: Werden Sie in Bussen und Bahnen erkannt und angesprochen?

Bonde: „Ja, das passiert. Für mich ist es selbstverständlich, dass ich mich nicht nur theoretisch mit Bus und Bahn beschäftige, sondern eine tägliche Nutzerin bin. Mir geben meine Erfahrungen als Fahrgäst jedenfalls in Momenten, in denen ich etwas entscheiden muss, was Einfluss auf den ÖPNV hat, eine gewisse Sicherheit.“

klartext: Welche Zeitkarte benutzen Sie für den Nahverkehr?

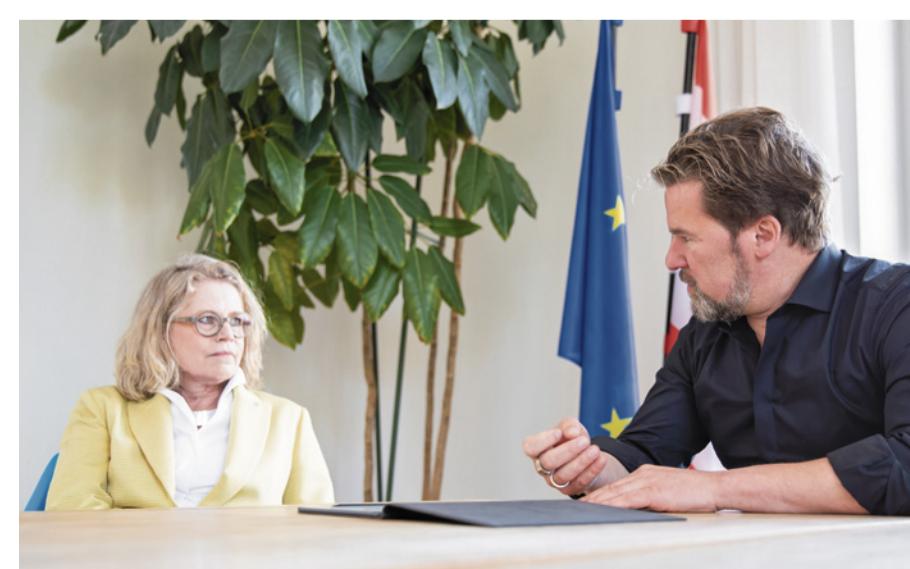
Bonde: „Das 49-Euro-Ticket“

klartext: Fühlen Sie sich sicher in Bussen und Bahnen?

Bonde: „Ja, da ist ein großes Gefühl der Sicherheit. Gleichzeitig muss ich aber auch sagen, dass es spät in der Nacht und bei spärlicher Beleuchtung schon mal anders sein kann. Das liegt in der Natur des Menschen.“

klartext: Wie kommen Sie als Rheinländerin mit der Berliner Schnauze klar?

Bonde: „Im Grundgefühl, das sich mit dem Satz ‚Leben und leben lassen‘ umschreiben lässt, sind sich Berliner und Rheinländer nach meiner Erfahrung oft ähnlicher, als sie es einräumen würden. Was hier ‚Berliner Schnauze‘ genannt wird, lässt sich durchaus mit der gelegentlich deftigen Ansprache vergleichen, die der Köbes, der Kellner in der Kälschkeipe, im Umgang mit seinen Gästen pflegt. Ich bin nicht aus Zucker und muss auch nicht in Watte gepackt werden. Ich komme mit den Berlinerinnen und Berlinern richtig gut klar.“



Nehmen alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt in den Blick:
Ute Bonde, Dirk Stettner

Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener

Angriff scharf verurteilt

Der Angriff durch angebliche propalästinensische Demonstranten auf CDU-Kultursenator Joe Chialo bei einer Veranstaltung hat eine Welle der Empörung ausgelöst. Neben dem Regierenden Bürgermeister Kai Wegner verurteilte auch CDU-Fraktschef Dirk Stettner diesen Vorgang auf das Schärfste. „Wir werden nicht aufhören, jüdisches Leben zu schützen. Es ist ein Glück für Berlin“, so Stettner.



Senator Joe Chialo
Foto: IMAGO/Metodi Popow

Brandanschläge auf Privat-PKW von Justizkräften – die Politik greift ein

Vorschlag: mehr Videoschutz, Kontrollstreifen und bessere Schutzausrüstung

Christian ist 36 Jahre alt, Familienvater, arbeitet als Vollzugsbeamter in einer Berliner Haftanstalt und hat jahrelang auf sein Auto gespart. Jetzt macht er sich Sorgen, dass es vielleicht vor seinem Arbeitsplatz in Brand gesteckt und zum Totalschaden wird.

Für einige seiner Kollegen ist dieser Alptraum in den letzten Monaten leider zur bitteren Realität geworden. Auf einem einschlägigen linken Szeneportal haben sich Gewalttäter zu diesen fiesen Brandanschlägen bekannt.

Mehr Schutz für JVA-Beschäftigte

Deshalb greift die Berliner Politik jetzt durch: Die Beschäf-



Justizvollzugskräfte sollen besser vor Anschlägen geschützt werden Foto: IMAGO/IPON

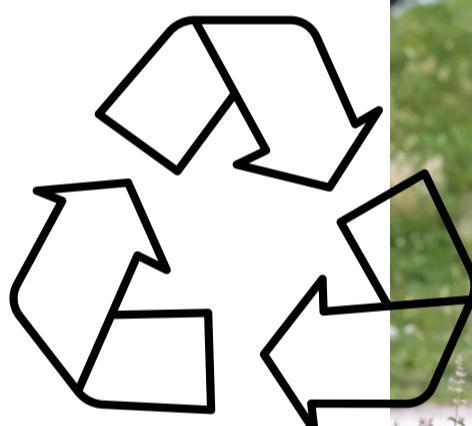
tigten müssen besser geschützt werden, Täter konsequent verfolgt werden.

Dazu sollen nach Vorschlägen der CDU-Fraktion Mitarbeiter besser geschult und mit modernster Sicherheitstechnik ausgerüstet werden. Videoschutz, mehr Licht und verstärkte Kontrollstreifen zusammen mit der Polizei sollen abschrecken bzw. eine schnelle Aufklärung sicherstellen.

Eine Frage der Wertschätzung

„Die Bediensteten im Justizvollzug sind täglich mit großen Herausforderungen konfrontiert und leisten unverzichtbare Arbeit zur Sicherung der öffentlichen Ordnung und

zur Resozialisierung der Inhaftierten“, heißt es in einem Beschlusspapier der CDU-Fraktion. „Ihre Sicherheit und die Sicherheit ihres Eigentums müssen daher oberste Priorität haben.“



Mehr Papierkörbe und mehr Mülltrennung – mit diesen und weiteren Ideen will die CDU-Fraktion Berlin Schritt für Schritt sauberer machen
Foto: IMAGO/Arnulf Hettrich

Schritt für Schritt für mehr Sauberkeit und ein lebenswerteres Berlin

Zehn Punkte-Plan: mehr Papierkörbe, mehr Mülltrennung, höhere Bußgelder

Mehr Sauberkeit, weniger Schmierereien und Vandalismus, damit Berlin noch lebenswerter wird. Erste wichtige Entscheidungen dazu sind auf den Weg gebracht, weitere werden folgen. Mit einem 10-Punkte-Plan wird Berlin Schritt für Schritt sauberer und schöner.

So soll die Zahl der Abfall-eimer in den nächsten sechs Jahren von jetzt 25.000 auf 30.000 erhöht werden. An belebten Orten der Stadt wird künftig Mülltrennung (Papier, Glas, Verpackungen, Biomüll und Restmüll) angeboten. Dasselbe soll auch in allen öffentlichen Gebäuden Berlins eingeführt werden.

Pfandsystem für Akkus und Batterien

Es gilt die Devise: Müllvermeidung und Recyceln haben Vorrang. Einer Lösung für „To-Go“-Kaffeebecher, deren Beschichtung leider eine effektive Wiederverwertung verhindert, muss erarbeitet werden. Ein Pfandsystem soll sicherstellen, dass Akkus und Batterien nicht mehr im Sammelmüll landen.

Wer selbst zum Besen greift

Eigeninitiativen von Berlinern werden durch die Stadtreinigung BSR unterstützt etwa

Auf
▼
30.000
▲
soll die Zahl der Abfall-eimer erhöht werden

durch Beratung und die Bereitstellung von Material und Sicherstellung der Abholung. Auf Wunsch sollen Partnerschaften und Kooperationen mit Berlinern, Vereinen und Unternehmen vereinbart werden können.

Mehreinsatz der BSR-Sauber Männer

Darüber hinaus wird der Senat erweiterte Öffnungszeiten von Sperrmüllhöfen der BSR an Wochenenden in den Blick nehmen. Kostengünstige Sperrmüllabholungen sollen auch in Tagesrandzeiten, also in den Morgen- bzw. Abendstunden, angeboten werden.

Schon jetzt sind Berlins BSR-Sauber Männer fleißig in vielen Parks und auf vielen Spielplätzen. Diese Strategie unter dem Motto „Saubere Stadt“ hat sich bewährt. Deshalb sollen ihre Einätze schrittweise ausgeweitet, die Grünflächenämter der Bezirke dadurch noch mehr entlastet werden.

Verschärfte Bußgelder

Wer seinen Müll einfach auf die Straße schmeißt, muss mit höheren Strafen rechnen. Dasselbe gilt für diejenigen, die ihren Schutt und Schrott irgendwo illegal ablegen. Hierzu hat die CDU in der Koalition bereits einen verschärften

Bußgeldkatalog vorgelegt. Eine schnelle Zustimmung des Koalitionspartners wäre wünschenswert. Zusätzlich soll eine Taskforce „Müll-Ermittler“ gegen Umweltsünder und Schmutzfinken vorgehen.

Der neue Zehn-Punkte-Plan der CDU-Fraktion: eine saubere Sache für Berlin.



Abgeordnete Lilia Usik fordert Lösung für „Russlandhäuser“

Leerstehende „Russlandhäuser“ in Karlshorst als Chance für den Berliner Wohnungsmarkt?



Die leerstehenden Wohnhäuser der Russischen Föderation in Karlshorst, die seit 1994 in der Andernacher, Königswinter- und der Ehrenfelsstraße dem Verfall preisgegeben sind, sorgen bei Anwohnern und politischen Vertretern seit Jahren für große Besorgnis. Die CDU-Abgeordnete Lilia Usik, die den Wahlkreis Karlshorst im Berliner Abgeordnetenhaus vertritt, setzt sich verstärkt für eine Lösung dieses langjährigen Problems ein.

„Es kann nicht sein, dass diese Immobilien mitten in Karlshorst seit 30 Jahren leerstehen, während wir eine akute Wohnungsnot haben“, erklärt Lilia Usik. „Die Anwohner fragen mich immer wieder, wie die Zukunft

Lilia Usik, MdA
möchte die leerstehenden „Russlandhäuser“ in Karlshorst dem Berliner Wohnungsmarkt zuführen

Foto: Lilia Usik

der Häuser aussieht, ob sich in der Frage endlich was bewegt. Sie sind verständlicherweise frustriert. Es ist Zeit, dass wir dieses Thema auf die politische Agenda setzen.“

Politischer Einsatz auf Landes-, Bundes- und Europaebene

Die rechtliche Situation um die „Russlandhäuser“ ist komplex, da diese im Eigentum der Russischen Föderation stehen. Bisherige Versuche des Landes Berlin, Kontakt mit der russischen Botschaft aufzunehmen und eine Lösung zu finden, blieben ergebnislos. Da die Grundstücke nicht diplomatisch genutzt werden,

greifen nicht die diesbezüglich relevanten Abkommen, und auch die Berliner Verwaltung sieht sich ohne rechtliche Handhabe.

Lilia Usik will diese unbefriedigende Situation nicht länger hinnehmen. Sie hat eine schriftliche Anfrage an den Berliner Senat dazu gestellt, um den aktuellen Stand abzufragen. In einem Schreiben an die Europaabgeordneten Hildegard Bentele und David McAllister, an den Bundestagsabgeordneten Roderich Kiesewetter und Stadtentwicklungssenator Christian Gaebler fordert sie eine Überprüfung des Anliegens: „Die EU-Sanktionen, die im Zuge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine erlassen wurden, könnten einen Hebel bieten, um die leerstehenden Häuser in Karlshorst dem Berliner Wohnungsmarkt zuzuführen“, so Usik.

Zeit für eine Lösung

Lilia Usik betont die Dringlichkeit, in dieser Sache endlich Fortschritte zu erzielen. „Wir haben in Berlin eine immense Wohnungsnot, und es ist nicht nachvollziehbar, warum diese wertvollen Flächen weiterhin ungenutzt verfallen“, erklärt sie. „Ich werde mich auf allen politischen Ebenen dafür einsetzen, dass wir eine Lösung für die „Russlandhäuser“ finden, die sowohl den Anwohnern als auch der Stadt Berlin zugutekommt“. Mehrere Berliner Medien haben bereits zum Thema berichtet, darunter Bild, B.Z., RBB24 Online, Deutsche Welle, Berliner Kurier u.a.

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Nachbarinnen und Nachbarn, ich freue mich, nach der kurzen parlamentarischen Sommerpause Ihnen wieder die Kiez-Ausgabe unserer Fraktionszeitung präsentieren zu dürfen.

In dieser Kiez-Ausgabe beschäftige ich mich mit folgenden aktuellen Themen: Neuigkeiten in Bezug auf die leerstehenden „Russlandhäuser“ in Karlshorst, Zukunft der Garagen in der Zwieseler und der Kötzinger Straße, neue Schule am Blockdammweg, Umsetzung der Verordnung auf dem Rummelsburger See, Bauarbeiten auf der Treskowallee und Konzept zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts im südlichen Friedrichsfelde.

Kiez-Newsletter abonnieren
Herzlich möchte ich Ihnen darüber hinaus unseren kostenlosen Newsletter ans Herz legen, falls Sie ihn noch nicht bereits abonniert haben. Den Newsletter bereite ich für Sie gemeinsam mit meinen wertgeschätzten Kollegen Prof. Dr. Martin Pätzold, Martin Schaefer und Benjamin Hudler vor.

Dort informieren wir zweimal monatlich am ersten und dritten Freitag im Monat über die ortsbezogenen Themen und Veranstaltungen in Karlshorst, Friedrichsfelde und Rummelsburg. Am häufigsten stehen Stadtentwicklung, Verkehr, Bildung und Kultur im Fokus.

Unter folgenden Links können Sie sich innerhalb von einer Minute dafür anmelden:

www.unser-karlshorst.de
für Karlshorst
www.unser-friedrichsfelde.de
für Friedrichsfelde
www.unser-rummelsburg.de
für Rummelsburg

Sollten Sie dabei interessante Meldungen und/oder Termine aus der Region für den Newsletter haben, können Sie sie mir gerne an kontakt@lilia-usik.de senden oder telefonisch unter der Nummer +49 (30) 75 43 74 60 mitteilen.

Sollten Sie Themen oder Anliegen haben, bei denen ich Sie unterstützen könnte, geben Sie mir bitte Bescheid. Ich möchte mich gerne um diese kümmern. Gemeinsam arbeiten wir daran, unsere Nachbarschaft noch attraktiver und lebenswerter zu machen. Dafür gilt Ihnen mein Dank und meine Anerkennung.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre

Lilia Usik, MdA
Ihre direkt gewählte Abgeordnete für Karlshorst, Friedrichsfelde Süd und die Rummelsburger Bucht

Lilia Usik stärkt sozialen Zusammenhalt in Friedrichsfelde Süd

Abgeordnete präsentiert umfassendes Konzept für lebendiges und sauberes Kiez-Leben



Lilia Usik im Gespräch mit Anwohnern aus Friedrichsfelde Süd

Foto: Archiv von Lilia Usik

“

Mein Ziel ist es, den sozialen Zusammenhalt im südlichen Friedrichsfelde zu stärken.

Lilia Usik
Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses

Besonders betonte Usik die Wichtigkeit von Kiez-Sauberkeitspatenschaften und interkulturellen Veranstaltungen, um das Gemeinschaftsgefühl weiter zu stärken. Auch die BSR-Kieztag im südlichen Friedrichsfelde kamen bei der Nachbarschaft sehr gut an, sie sollen fortgesetzt werden. Die rege Teilnahme am Treffen und die lebhaften Diskussionen unterstreichen das Interesse der Nachbarschaft.



Schule am Blockdammweg hat ihre Tür eröffnet

Die Schule am Blockdammweg hat am 24. Juni 2024 ihre Tür für Schülerinnen und Schüler eröffnet. Der Umzug aus der Salzmannstraße startete Ende Juni 2024, und der Schulbetrieb konnte pünktlich zum neuen Schuljahr beginnen. Das Senatsverwaltungamt für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt hat eine Lichtsignalanlage installiert. Der Bezirk prüft aktuell, ob eine Tempo-30-Zone vor der Schule eingeführt werden könnte.



Die neue Schule am Blockdammweg wurde von vielen Karlshorster Familien sehnsüchtig erwartet

Foto: Lilia Usik

Bauarbeiten auf der Treskowallee – aktueller Stand

In Karlshorst werden die Bauarbeiten auf der Treskowallee fortgesetzt. Nachdem die Berliner Wasserbetriebe die Sanierungsarbeiten an den Leitungen abgeschlossen haben, wird die Sanierung der westlichen Fahrbahn finalisiert. Aufgetragen wird ein spezieller lärmoptimierter Flüsterasphalt. Dieser Teil der Baustelle soll nun nach Planung des Bezirksamtes zügig beendet sein. Danach wird die andere Seite der Treskowallee saniert. Die Bauarbeiten, die Straßen-, Gleis- und Haltestellenbau sowie die Modernisierung der Wasserinfrastruktur umfassen, werden voraussichtlich bis Ende 2025 andauern.

Neuigkeiten aus der Rummelsburger Bucht

Abgeordnete Lilia Usik informiert über die Themen vor Ort

„Die Rummelsburger Bucht wächst, entwickelt sich und wird immer schöner und attraktiver für die Nachbarschaft und Gäste“, betont die Abgeordnete Lilia Usik, die für diese Kiez-Ausgabe wieder eine Reihe von Rummelsburger Themen aufgenommen hat, um die Nachbarschaft zu informieren:

Bauvorhaben „Spreeküste“

Parteiübergreifend bestand Konsens, dass das Areal der Spreeküste für eine Mischnutzung vorgesehen sein soll, d.h. für Gewerbe und Wohnen. Eine Anfrage hat ergeben, dass dies aufgrund der Nähe zum Kraftwerk Klingenbergs und der (perspektivischen) Sicherstellung einer Energieversorgung nicht möglich ist. Hinzu kommt, dass Konflikte bei einer Wohnnutzung durch das direkt angrenzende Zementwerk in Lichtenberg sowie die entstehenden Kultur- und Freizeiteinrichtungen in Treptow-Köpenick nicht ausgeschlossen werden können. Abgeordnete Lilia Usik begrüßt eine gewerbliche Nutzung, die nicht nur Büro-, sondern auch Freizeitflächen aufweisen, so dass sich die Aufenthaltsqualität für die Allgemeinheit erhöht, Wasserzugang und eine

Die Rummelsburger Bucht wächst, entwickelt sich und wird immer schöner und attraktiver für die Nachbarschaft und Gäste.

Lilia Usik
Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses

Wasserquerung nach Treptow außerhalb eines Wohngebietes möglich sind und die Erholungssuchenden entlang des Uferbereichs besser gelenkt werden. Auch Rettungsstationen müssen in diesem Zusammenhang mitgedacht werden.

Sanierung und Modernisierung des Bahnhofs Ostkreuz

Das Ostkreuz gilt als Berlins meistfrequenter Bahnhof mit täglich rund 253.000 Reisenden. Nun hat der Bahnhof als erste abgeschlossene Maßnahme ein neues, rund 60 Meter langes Bahnsteigdach erhalten. Die neue Stahl-/Glas-Konstruktion schützt Fahrgäste vor Niederschlägen und Sonne, verbessert den Komfort und sorgt für ein angenehmes, gut ausgeleuchtetes Ambiente. Diese Modernisierung ist Teil eines umfassenden Programms, das bis 2032 etwa 50 Berliner Bahnhöfe (darunter Gehrenseestraße, Schöneweide und Tempelhof) barrierefrei und zukunftsfähig machen soll. Insgesamt investieren das Land Berlin und die Deutsche Bahn 230 Millionen Euro in dieses Projekt. Die Vorplätze werden ebenso erneuert, die Ergebnisse werden in der Anwohnerschaft unterschiedlich bewertet: Von



Die Rummelsburger Bucht ist ein attraktiver und beliebter Naherholungsplatz und wird schnell weiterentwickelt

Foto: Lilia Usik

positiven Rückmeldungen bis zur heftigen Kritik. Von der Rummelsburger Seite gibt es aktuell 16 Stellplätze für die Autos sowie zahlreiche Fahrerabstellplätze.

Rummelsburger See

Mehrere Anfragen haben ergeben: Trotz einer seit dem 1. Juni 2024 geltenden Verordnung, die vorschreibt, dass Boote auf dem Rummelsburger See dauerhaft bemannet sein müssen, um im Gefahrenfall eingreifen zu können, bleiben viele Boote unbesetzt und verkehrsuntüchtig. Aktuell werden 243 Boote als dauerstillegend registriert, wovon 70 % weiterhin unbesetzt sind und bei der Hälfte

der Ordnungswidrigkeiten die Eigentümer nicht ermittelt werden konnten. Obwohl die Wasserschutzpolizei täglich vor Ort ist, wurden bis Ende August nur 29 Ordnungswidrigkeiten verhängt und 28 Objekte als Abfall deklariert. Das seit Monaten am Tagesliegeplatz befindliche Wrack ist nur ein sichtbares Zeichen. Im Frühjahr wurden vom Wasser- und Schifffahrtsamt über 170 gesunkene Objekte geortet. Für die bemalten Boote vor Anker sind keine Abwasser- und Fäkalientanks vorgeschrieben. „Wir haben ein eklatantes Umsetzungs-Defizit bestehender Gesetze. Hierzu sind wir im engen Austausch mit den Behörden“, so Abgeordnete Usik abschließend.

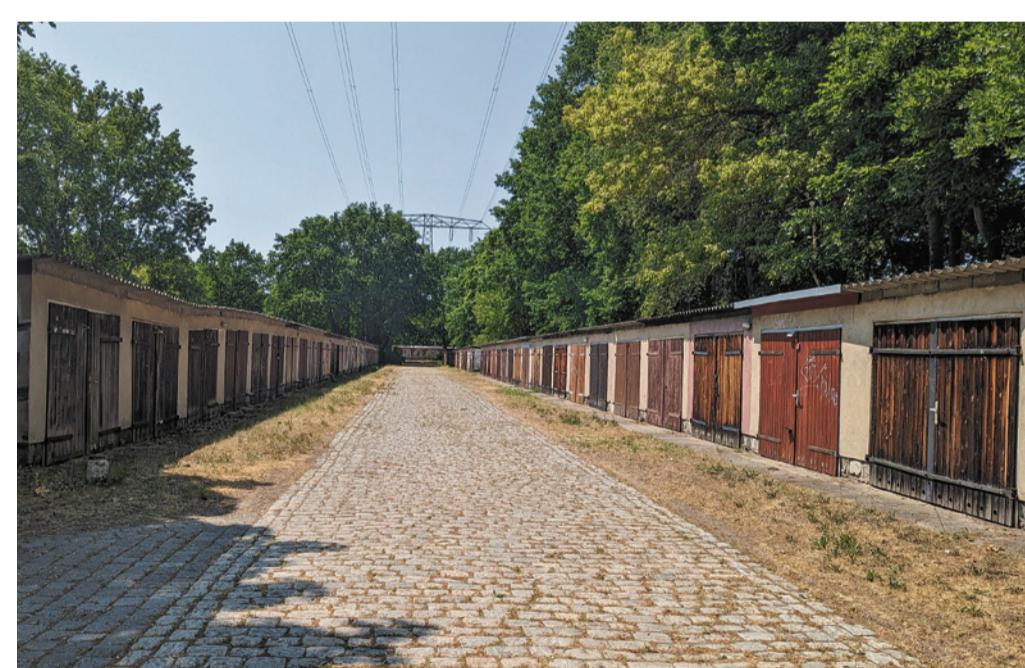
Zukunft der Garagen in Karlshorst

Lilia Usik setzt sich für Transparenz und Bürgerinteressen ein

Die Abgeordnete Lilia Usik reagierte auf Nachfragen besorgter Bürgerinnen und Bürger in Karlshorst mit einer schriftlichen Anfrage an den Berliner Senat zur Zukunft der Garagen an der Kötzinger und Zwieseler Straße. Diese sollen im Rahmen der geplanten Erweiterung des Bundeskanzleramts abgerissen werden. Betroffen sind 197 Garagen, von denen 153 der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und 45 dem Land Berlin gehören.

Die Garagen in Karlshorst werden ab 2025 für neue Biotope weichen

Bereits im August 2022 wurden alle Mietverträge gekündigt und die Garagen geräumt. Der Abriss der Garagen soll im ersten Quartal 2025 beginnen. Nach den Abrissarbeiten ist eine Entsiegelung der Flächen und die naturschutzfachliche Aufwertung durch die Schaffung von öffentlich zugänglichen Biotopen geplant.



197 Garagen sollen für Biotope weichen – Anwohner in Sorge Foto: Lilia Usik

Usik betonte, dass viele Anwohnerinnen und Anwohner besorgt über den Verlust von Parkmöglichkeiten sind. Sie setzt sich weiterhin für eine faire Lösung der Parkraumsituation ein und sorgt für den Dialog zwischen Anwohnern, Politik und zuständigen Behörden.

**Haben Sie Themen in Karlshorst, Friedrichsfelde Süd und der Rummelsburger Bucht?
Ihre Abgeordnete Lilia Usik ist für Sie da!**

HIER FINDEN SIE ANTWORTEN UND HILFE

Bürgerbüro von Lilia Usik, MdA
Marksburgstraße 39, 10318 Berlin-Karlshorst

☎ (030) 75 43 74 60
✉ kontakt@lilia-usik.de
🌐 www.lilia-usik.de

f lilia.usik
✉ lilia_usik

Tschüss Bürokratie! Hallo „Schneller-Bauen-Gesetz“

Berlin macht jetzt Tempo beim Bau von bezahlbaren Wohnungen

Zeit ist Geld. Das gilt insbesondere beim Wohnungsbau. Mit dem „Schneller-Bauen-Gesetz“ sagt Berlin jetzt der Bau-Bürokratie den Kampf an. Das Gesetz dazu liegt dem Abgeordnetenhaus bereits zur Beratung vor. Ein immenses Vorhaben mit insgesamt 41 Änderungen in neun Landesgesetzen.

So will Berlin eine Schippe drauflegen: Planungs- und Genehmigungsverfahren werden vereinfacht, verbindliche Prüf- und Bearbeitungsfristen eingeführt und Zuständigkeiten zwischen Landes- und Bezirksebene klarer geregelt.

So soll künftig eine Genehmigungsfiktion den schnelleren Baustart ermöglichen. Danach sollen Anträge grundsätzlich vier Wochen nach Einreichung automatisch als genehmigt gelten, wenn diese nicht in dieser Frist widersprochen wurde.

Zudem sollen beim Denkmalschutz und dem Naturschutz nur noch bundesrechtliche Regelungen gelten, nicht mehr die weitergehenden Bestimmungen des Landes.



Bauen soll in Berlin durch weniger bürokratische Hemmnisse schneller vorangehen

Foto: IMAGO/photothek

Mehr Tempo bei Baugenehmigungen

Zuständigkeiten zwischen dem Land und den Bezirken werden klarer geregelt. Sie werden stärker auf den Senat konzentriert. Ziel ist es, dass Bauherren schneller als bisher wissen, wann mit einer Baugenehmigung zu rechnen ist. Das schafft Planungssicherheit.

Für Großprojekte ist ein neues Entscheidungsgremium vorgesehen. Dort sollen etwaige Probleme und Hindernisse erkannt und aus dem Weg geräumt werden. Mit mehr Digitalisierung soll vieles einfacher und Mitarbeiter entlastet werden.

Neue Wohnungen für alle Einkommen

Die Reform schafft die Voraussetzung, die Neubauziele Berlins zu erreichen. So soll neuer Wohnraum für alle Einkommensschichten schneller als bisher geschaffen werden, auch neue Sozialwohnungen.

Mehr Gesundheit, weniger Bürokratie

Mit einem Aktionsbündnis mit Mitgliedern des Senats, des Medizinischen Dienstes, der Berliner Krankenhausgesellschaft sowie Vertretern der gesetzlichen Krankenkassen soll dem Amtsschimmel in Berlins Kliniken Beine gemacht werden. Dazu sollen Entgeltverhandlungen, medizinische Begründungen und vieles mehr vereinfacht und beschleunigt werden. Diese Initiative der CDU-Fraktion beruht auf einem erfolgreichen Modellprojekt des Freistaates Bayern.



Von Stillstand zu mehr Gesundheit

Foto: IMAGO/Funke Foto Services

Tiere schützen, Tafel stärken

Die Berliner Tafel hilft Berlinern, damit sie in finanzieller Not ihre Lieblinge auf zwei und vier Pfoten oder Krallen weiter gut versorgen können. Die bisherige Förderung dieses ehrenamtlichen Engagements durch das Land Berlin in Höhe von 100.000 Euro soll auf Vorschlag der CDU-Fraktion in den nächsten Jahren verstetigt, Beratungsangebote weiter ausgebaut werden.



Hunde profitieren von der Tafel Foto: IMAGO/Westend61

Baubeginn für das Childhood-Haus

Bei ihrem Berlin-Besuch hat Schwedens Königin Silvia mit dem ersten Spatenstich den Startschuss für das neue Childhood-Haus der Berliner Universitätsklinik Charité gegeben. Die Einrichtung betreut Kinder und Jugendliche, die sexuelle Gewalt erfahren mussten. Sie besteht seit 2020 und erhält ein eigenes Gebäude.



Silvia von Schweden mit den Senatorinnen Felicitas Baden-berg und Katharina Günther-Wünsch beim feierlichen Spatenstich zum Childhood-Haus Foto: IMAGO/Future Image

Vom Drogenproblem-Görl zu echtem Naherholungspark

Grüne im Bezirk scheitern mit Klage gegen Zaunpläne des Berliner Senats

Aggressive Drogendealer, Spritzen- und Koksfunde: Die Lage im Görl, einem der größten Drogenumschlagplätze der Stadt, spitzt sich gefährlich zu. Doch die Grünen im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg torpedieren weiter jeden Versuch, die Lage für Besucher zu verbessern.

Selbst ein Schutzaun mit mindestens 17 verschließbaren Eingängen und 40 zusätzlichen Leuchten lehnen Grüne kategorisch ab. Der CDU-geführte Senat machte daher von seinem Eingriffsrrecht Gebrauch. Die Grünen klagten dagegen und sind damit vor dem Berliner Verwaltungsgericht vorerst gescheitert, über ihre Beschwerde gegen die Entscheidung wurde bisher noch nicht entschieden.

Dabei machen seit Jahren Anwohner Druck: Sie sorgen sich um die Sicherheit. Die Grünanlage gilt berlínweit als eine der am schwersten kriminalitätsbelasteten Orte. 2023 sind von den rund 1450 Straftaten im Görl laut Polizeiangaben die meisten in den Nachtstunden verübt worden.

Tore, Drehkreuze Suchtprävention

Daher machen ein Zaun und nächtliche Schließzeiten Sinn. Geplant: Die Hälfte der Eingänge mit Türen, die andere

1450
Straftaten
wurden im
Jahr 2023
im Görl verübt

Hälften mit Drehkreuzen versehen, die nachts nur noch in eine Richtung drehen, so dass ein Verlassen des Parks auch nach Schließung noch möglich ist.

Dazu sollen die Sozialarbeit, die Suchthilfe sowie weitere präventive Projekte und neue Toilettenanlagen für eine Entspannung der Lage sorgen.



Sicherheitskonzept durchsetzen

Die CDU-Fraktion steht zu diesem Sicherheitskonzept: Der Görlitzer Park soll für Berliner endlich wieder ein sicherer und attraktiver Ort der Naherholung werden.

Der Görl aus der Vogelperspektive: Der Drogenpark soll für Anwohner und Besucher sicherer werden

Foto: IMAGO/Emmanuele Contini

Am 3. Oktober erfüllte sich die Sehnsucht nach Einheit, Freiheit und Demokratie

von **Dirk Stettner** – Vorsitzender der CDU-Fraktion Berlin

Am 3. Oktober feiern wir den Tag der Deutschen Einheit. Ein Datum, das weit mehr als nur ein politisches Ereignis markiert. Es ist ein Tag, an dem wir die Wiedervereinigung unseres Landes würdigen und uns an die Kraft der Gemeinsamkeit und des Miteinanders erinnern.

Als ich vor mittlerweile – ziemlich erschreckend klingenden – 38 Jahren in die CDU eingetreten bin, war der Traum der Einheit noch immer genau das: ein Traum. Die „Deutsche Demokratische Republik“ und ihre Anhänger träumten davon, das sozialistische Vortzeigeland zu sein; und in der Bundesrepublik Deutschland? Dort hatten sich alle außer den Christdemokraten mit der Existenz der DDR und damit auch der Mauer abgefunden.

Der spätere Bundeskanzler Gerhard Schröder war es, der im September 1989 erklärte: „Eine auf Wiedervereinigung gerichtete Politik ist reaktionär und hochgradig gefährlich.“ Kurz darauf wurde er durch

SPD-Vorstand und Bundestagsfraktion bestätigt, lehnten diese doch ebenfalls das „leichtfertige und illusionäre Wiedervereinigungsgerede“ ab. Oskar Lafontaine sagte als stellvertretender SPD-Vorsitzender am 18. Dezember 1989 beim Parteitag in Berlin: „Wiedervereinigung? Welch historischer Schwachsinn!“

Die Liste prominenter Sozialdemokraten, die sich zu dieser Zeit dezidiert gegen eine Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands aussprachen, ließe sich noch lange fortsetzen. Geradezu beliebig lange, wenn wir einen Blick auf die Grünen oder die damalige PDS (heute Die Linke) werfen, was ich uns allen an dieser Stelle erspare.

Vaterlandslose Gesellen hatten wir damals gesagt. Und wir hatten Recht. Niemand außer der Christdemokratie glaubte an die Brüder und Schwestern im Osten, glaubte an die Deutsche Einheit. Bis Dr. Helmut Kohl die Chance sah, unser Land wieder zu



Helmut Kohl, Kanzler der Deutschen Einheit, spricht den Menschen Mut zu

Foto: IMAGO/Sven Simon

einen und zum Bundeskanzler der Einheit wurde. Er sah den Mut der Ostdeutschen, erkannte den unbedingten Willen und ergriff diese Chance und setzte international und national die Einheit unseres Vaterlandes durch.

Die Wiedervereinigung war kein Selbstläufer, sondern das Ergebnis von Träumen, Mut und festem Willen, der von

vielen Menschen in Ost und West geteilt wurde. Sie ist ein eindrucksvoller Beweis dafür, wie Leistung und Zusammenhalt Barrieren überwinden und eine neue Ära des Fortschritts einleiten.

Heute leben wir gemeinsam in unserem Deutschland. Und selbstverständlich sind nicht alle Versprechungen der Wiedervereinigung in Erfüllung gegangen. Manch einer fühlt sich unter Wert behandelt. Viele haben in der Nachwendezeit harte Schicksale durchleben müssen. Aber vollkommen außer Frage steht, dass wir in einer wunderbaren Demokratie und einem starken Gemeinwesen, einer Gemeinschaft, zusammenleben. Und diese Gemeinschaft müssen wir auch zusammen verteidigen, nach innen, wie nach außen.

Wie vor 38 Jahren lohnt es auch heute zu träumen: von Frieden, vom Erhalt der Freiheit und von Demokratie und gelebtem Miteinander. Wir dürfen nicht denjenigen, die ganz bewusst versuchen

unser Gemeinwesen zu spalten, die hetzen und zerstören wollen, den öffentlichen Diskursraum überlassen. Und wir dürfen nicht den Mutlosen glauben, denen die Kraft und der Wille für unsere wehrhafte Demokratie, unsere gemeinsame Leistung fehlt – wie vor 35 Jahren.

Es lohnt, sich für unsere Demokratie zu engagieren, denn wir haben viel zu verlieren. Heute leben wir zusammen in einem wunderbaren Land. Ich möchte, dass meine Kinder ebenso glücklich und stolz in Deutschland leben können. Und dafür lohnt es zu kämpfen, alle miteinander. In der Vielfalt liegt unsere Stärke, und in der Einheit finden wir den Weg zu einer noch besseren Zukunft. Ich wünsche Ihnen einen frohen und optimistischen Tag der Deutschen Einheit.



Dirk Stettner
Fraktions-
vorsitzender
Foto: Yves
Sucksdorff

Schreibstift-einlage	span. Partnerstadt Berlin	Kosendame des Großvaters	engl. Partnerstadt Berlin	exklusives Fest	Stadt an der Warthe (Polen)	ugs.: verdorben, kaputt	Bleichmittel	feste Erdoberfläche	Gebäudeerweiterung	Prachtentfaltung, Prunk	Grashüpfer bei „Blätte Moja“	Comic-Cowboy (Lucky ...)	eine Grundstoffart	Ausschmückung (Kurzw.)	nicht jene	Einschnitt im Gelände	Fuß mit Krallen b. Greifvögeln	Feldblume
Stadt bei Bologna (Italien)				Q2	berl.: trinken, zechen													
französischer Kaisername																		
saudiarab. Stadt	Verbandsmill	Turngerät	dt. Strom zur Nordsee															
Einrichtung für Bankkunden																		
Nährmittel	Auto mit versenkbarem Verdeck	Handbewegung		Furchtgefühl, Horror	männl. Nachkomme	Paradiesgarten												
wohnschmeckend	Wort des Einwandes	Bürde	Getreidefruchtstand	Ehrengeleit														
bestreiten																		
Karpfenfisch																		
Kölntestes Gebiet Berlins																		
Atomkernbaustein	Schießsportgerät	hohes Laufgestell	Koseform von Eduard															
Berliner S-Bahnhof																		
Nagetier	verwirrt	Kastenmöbel		Kurzwort für einen Dünger	das Millionenfache e. Einheit	Dichter der römischen Antike	Kurzwort für ein Urreptil											
Zweiggeschäft																		
Spielkartenfarbe	Netzhaut des Auges	enge, elast. lange Hose																

Die **Auflösung** finden Sie auf der letzten Seite.

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13

s2821-7

Bis zu 30.000 Euro: Bußgelder gegen gewissenlosen Cannabis-Konsum

Gesundheitsschutz der Berliner muss weiterhin hohe Priorität haben

Angststörungen, Depressionen, Herzrasen, Übelkeit, Schwindel – die Liste der Gesundheitsgefahren durch Cannabis-Konsum ist lang. Trotzdem haben die Ampel-Parteien SPD, Grüne und FDP entgegen aller Warnungen dafür eine Teillegalisierung beschlossen. Für die Berliner CDU-Fraktion hat dagegen der Gesundheitsschutz weiter klar Vorrang.

So will die CDU dem ungebremsten Cannabis-Gebrauch klare Regeln und Grenzen setzen und deren Einhaltung mit hohen Bußgeldern durchsetzen – nach Beispiel anderer Bundesländer wie Hamburg, NRW und Bayern.

Regel-Verstöße werden teuer

In einem Beschlusspapier der Fraktion werden Tatbestände aufgeführt, zum Beispiel:

- 1000 Euro muss zahlen, wer vorsätzlich oder fahrlässig Cannabis in Gegenwart minderjähriger raucht.
- 500 Euro werden fällig, wer



Klare Regeln und empfindliche Bußgelder gegen verantwortungslosen Cannabis-Konsum Foto: IMAGO/Bihlmayerfotografie

vorsätzlich oder fahrlässig in Sichtweiten von 100 Metern vor Schulen, Kitas, Sportstätten, Kinder- oder Jugendeinrichtungen sowie Spielplätzen oder tagsüber in Fußgängerzonen kifft.

- 500 bis 1000 Euro kostet es, wer vorsätzlich oder fahrlässig mehr als 50 und weniger als 60 Gramm Haschisch bei sich hat.
- Bis zu 30.000 Euro zahlt, wer vorsätzlich oder fahrlässig Cannabissamen einführt, die nicht aus EU-Mitgliedsstaaten stammen und nicht für den privaten oder gemeinschaftlichen Eigenanbau genutzt werden.

Einstiegsalter bei Cannabis: 14,6 Jahre

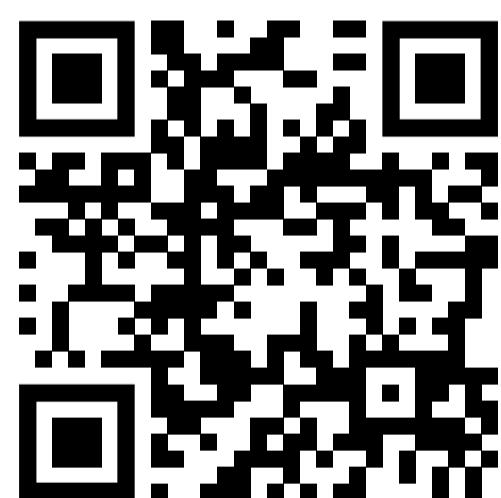
Vollzogen werden sollen diese neuen Sanktionen für Täter bereits ab einem Alter von 14 Jahren. Denn zur traurigen Wahrheit gehört eben leider auch, dass das Einstiegsalter nach einer Erhebung der Berliner Fachstelle für Suchtprävention im Schnitt bei 14,6 Jahren liegt.

Notstrom und Digitalfunk im Krisenfall

Im Krisen- und Katastrophenfall sollen die Berliner bei längeren Stromausfällen Hilfe bekommen. Dazu werden schrittweise alle Bezirke mit Notstromversorgung und Digitalfunkgeräten ausgestattet. Eine ganze Reihe von Standorten sei bereits fertig, andere noch in Planung, heißt es im Senat. Ein neues Kompetenzzentrum für Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement soll bald in der Senatsinnenverwaltung seine Arbeit aufnehmen und die Schnittstelle zu den Bezirken bilden.



Anlaufstellen helfen im Notfall
Foto: IMAGO/snapshot



QR-Code scannen oder unter:
www.klartext-berlin.de

Jetzt auch DIGITAL lesen, was mir nützt!

Aktuelles aus der Stadt,
Deinem Kiez & unserem
Berliner Parlament.

klartext

Berlin im olympischen Sommer der EM-motionen

Deutschlands Sport-Hauptstadt zeigt sich von ihrer besten Seite für neue Großereignisse

Das EM-Kribbeln war kaum vorbei, da sorgten Berlins Olympia-Athleten schon für das nächste Gänsehaut-Gefühl.

Berlin erlebte den olympischen Sommer großer EM-motionen.

Atemberaubender Erfolg

So schossen sich Bogenschütze Felix Unruh und seine Partnerin Michelle Kroppen treffsicher mit zwei Silbermedaillen in die Herzen der Berliner. „Wir sind stolz auf diesen Erfolg“, schrieb begeistert Berlins Regierender Kai Wegner.

Schwimmerin Isabell Gose holte Bronze über 1500-Meter-Freistil und stellte einen neuen deutschen Rekord auf: Platz drei, aber ein Gefühl



Glück und Freude bei der gelungenen Europameisterschaft

Foto: IMAGO/PIC ONE

wie als Gewinnerin. Sie konnte ihr Glücksgefühl kaum in Worte fassen – „es ist atemberaubend“, sagte sie.

Zu Silber pritschte sich Berlins Beachvolleyballer Nils Ehlers mit seinem Partner Clemens Wickler – „ein unvergessbar geiles Turnier“.

Drei glänzende Sporterfolge als Beispiel für so viele Spitzenleistungen deutscher Athleten.

Olympia in Berlin?

Auch wenn es nicht immer gleich Edelmetall wurde und der EM-Pokal nach Spanien ging – die Begeisterung zeigt: Die Berliner lieben und können großen Sport. Beste Voraussetzungen für weitere Großereignisse. Vielleicht Olympia 2040 in Berlin?

Mobiles Rückgrat Berlins feiert Jubiläum

Herzliche Glückwünsche an Berlins S-Bahn zum 100. Geburtstag. Mit dem ersten elektrischen Bahnbetrieb auf der Strecke Nordbahnhof-Bernau ging es 1924 los. Heute fahren täglich 1,5 Millionen Passagiere auf 16 Linien und 257 Streckenkilometern. Die CDU-Fraktion macht sich dafür stark, den Ausbau weiterer Schienenverbindungen bei S- und U-Bahn voranzubringen.



S-Bahn, 100 Jahre jung

Foto: IMAGO/Jürgen Heinrich



Berlin bekommt eine Prüfstelle gegen Mietwucher

Initiative der CDU-Fraktion wird jetzt umgesetzt

Wohnen soll in Berlin bezahlbar bleiben, jetzt und in Zukunft. Damit die bestehende Mietpreisbremse besser funktioniert, soll Berlinern jetzt geholfen werden: Mit einer unabhängigen Mietprüfstelle, wie sie die CDU-Fraktion schon 2022 in ihrem Beschlusspapier „Faires Wohnen für alle“ vorgeschlagen hatte.

Dieses Ziel wurde auch im Koalitionsvertrag („Das Beste für Berlin“) verabredet. Jetzt werden Nägel mit Köpfen gemacht: Der entsprechende Gesetzentwurf soll jetzt auf den Weg gebracht werden.

Warum diese Prüfstelle für Berlins Mieter so bedeutend ist? Zu oft werden überhöhte

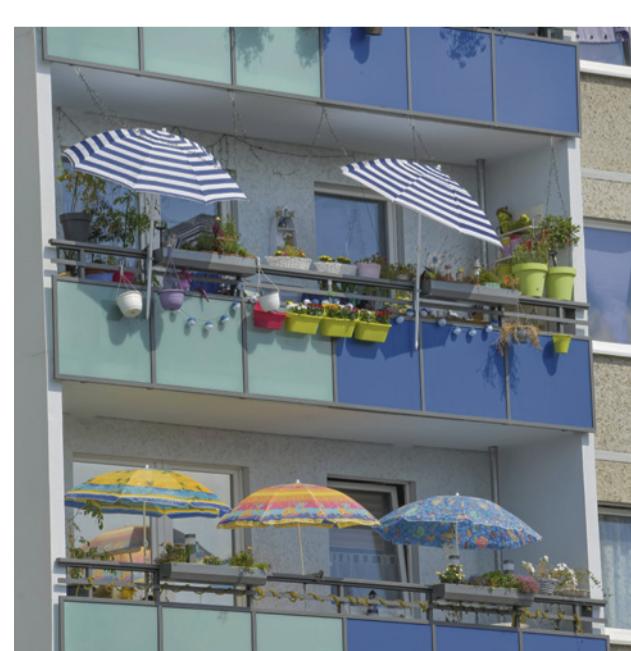
und damit rechtswidrige Forderungen erhoben.

Verdacht auf Mietwucher

Eine Studie des Berliner Mietvereins ergab Überschreitungen der ortsüblichen Vergleichsmiete häufig von mehr als 50 Prozent – Wucherverdacht! Hier greift unter Umständen die Mietpreisbremse. Jedoch gelten hier Einschränkungen etwa bei Neubauwohnungen oder Modernisierungen.

Beratung der Nachfrage anpassen

Für Laien mag das kompliziert klingen, deshalb macht



Neue Prüfstelle als Schutzhülle gegen zu hohe Mieten Foto: IMAGO/Schöning

die CDU-Idee für unabhängige Prüfer Sinn, damit die Preisbremse ihre ganze Wirkung auch wirklich entfalten kann.

Die Ausschreibung der neuen Prüfstelle soll so gestaltet werden, dass der jeweilige Dienstleister sein Beratungsangebot der Nachfrage anpassen kann.

Die Mietpreisbremse gibt vor, dass bei Neuvermietung die ortsübliche Miete um nicht mehr als zehn Prozent überschritten werden darf. Es sei denn, es liegen entsprechende Ausnahmen vor (Neubau und Modernisierungen).

Nicht verpassen!

Die nächste Ausgabe von **klartext** erscheint Mitte Dezember

„Handwerkerinnen – Stolz und Vorurteil“

Frauen stehen ihren Mann, auch im Handwerk. Die Ausstellung „Handwerkerinnen – Stolz und Vorurteil“ dokumentiert mit Fotos und Interviews die zuweilen räue Wirklichkeit, mit der Frauen in vielen Berufen klar kommen müssen. Mit Stolz gehen Frauen wie Schornsteinfegermeisterin Dajana, Mechatronikerin Angelina, oder Metallbauerin Marlena täglich ans Werk, immer wieder müssen sie und weitere Mitstreiterinnen Vorurteile überwinden. Eine Schau verschiedener Senatsverwaltungen, finanziert aus dem Aktionsprogramm Handwerk, wirbt für mehr Anerkennung und Gleichberechtigung.

Eröffnung:

am 9. Oktober 2024

Dauer:

bis 21. November 2024

Ort:

Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstraße 5
10117 Berlin

Öffnungszeiten: Mo. bis Fr., 9 bis 18 Uhr, ohne Voranmeldung, Zugang nur mit Ausweis



Handwerkerinnen-Schau

Foto: IMAGO/imagebroker



IMPRESSUM

klartext

Zeitung zur Stadt Berlin, Ihrem Kiez und dem Berliner Parlament

CDU-Fraktion Berlin

Preußischer Landtag, 10111 Berlin

Telefon: (030) 23 25 21 28

E-Mail: klartext@cdu-fraktion.berlin.de

Internet: www.cdu-fraktion.berlin.de

V.i.S.d.P.: Heiko Melzer

Bildredaktion: Patrick Liesener, Martin Bremer

Editorial Design, Layout, Satz &

Produktion: Martin Bremer

Druck: A. Beig Druckerei und Verlag

Verteilung: Deutsche Post AG

Diese Veröffentlichung der CDU-Fraktion Berlin dient ausschließlich der Information und darf nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.